ROTSTIFT

Mitteilungsblatt des SPD-Ortvereins Pappenheim

Ausgabe 52 Jahreswende 2005/2006

Warum eine Reform des Kinderbetreuungswesens?

Zurückgehende Kinderzahlen, der Wunsch, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren und neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die Bedeutung frühkindlicher Lern- und Bildungsprozesse veranlassten die bayerische Staatsregierung, ein Gesetzgebungsverfahren für eine Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) einzuleiten.

Was ändert sich für die Pappenheimer Eltern?

Genauso so holprig wie der Titel gelangt dieses zum 1. August 2005 in Kraft getretene Gesetz zur Ausführung. Die Ausführungsbestimmungen tragen noch den Vermerk „Entwurf"! Die Stadt Pappenheim ist verpflichtet, diese neuen gesetzlichen Vorgaben umzusetzen, obwohl sie die bisherige Lösung bevorzugt. Bis jedoch in den vier Pappenheimer Kindergärten das BayKiBiG zu Beginn des Kindergartenjahres 2006/07 umgesetzt wird, kann und wird es noch Änderungen geben.

Die bisher übliche finanzielle Förderung pro Kindergruppe wird durch eine Förderung pro Kind ersetzt. Die auf das Personal bezogene Förderung sah bisher einen Finanzierungsschlüssel von 40 Prozent Freistaat Bayern, 40 Prozent Kommune und 20 Prozent Träger und Elternbeiträge vor. (Träger der vier Pappenheimer Kindergärten sind die Stadt Pappenheim für den KiGa in Biswang, die katholische Kirche für den Kindergarten in der Schützenstraße sowie die evangelische Kirche für die Einrichtungen in der Graf-Carl-Straße und in Neudorf).

Nun haben Träger von Kindertageseinrichtungen einen kindbezogenen Förderanspruch gegenüber den Gemeinden, in denen die Kinder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Gemeinde wiederum hat für Kindertageseinrichtungen einen Förderanspruch gegenüber dem Staat. Die nach dem neuen Gesetz vorgesehene Leistungspauschale pro Kind schließt auch die Betriebskosten ein.

Durch diese kinderbezogene Förderung können sich insbesondere für Kindergärten mit geringer Auslastung sowohl finanzielle als auch personelle Probleme ergeben, da die Eltern in Zukunft nicht mehr Kindergartenplätze, sondern so genannte Betreuungszeiten buchen und bezahlen.

In den vier Pappenheimer Kindergärten ist angedacht, dass die ab 1. Januar 2006 geltenden Elternbeiträge in Höhe von 85 Euro (einschließlich Tee- und Spielgeld) eine tägliche Buchungszeit von sechs Stunden einschließen. Eine Mindestbuchungszeit von täglich vier Stunden wird Pflicht werden. Ob mit dieser Regelung in allen Pappenheimer Kindergärten eine ganztägige Öffnung gewährleistet werden kann, wird sich erst nach Erfassung und Auswertung der von den Eltern gewünschten Buchungszeiten zeigen.

Auf den ersten Blick erscheinen die individuellen Betreuungszeiten durchaus vernünftig, die Auswirkung von Betreuungsspitzen (viele Kinder – wenig Personal) und damit eingeschränkter pädagogische Förderung und Betreuung sowie Zeiten mangelnder Auslastung (wenig Kinder – viel Personal) gilt es jedoch sowohl von den Eltern als auch von den Kindergartenträgern zu beachten!

Eine niedrige Zahl von Buchungsstunden zieht für die Kindergärten neben geringeren direkten Einnahmen auch eine geringere staatliche Förderung nach sich. Die dadurch weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel wirken sich auf die Arbeitszeiten des pädagogisches Personals aus. Die Unterstützung der Eltern durch die Kindergärten in der Verantwortung gegenüber den Kindern auf dem Gebiet der Bildung, Erziehung und Betreuung wäre dadurch nicht in der gewünschten Form gegeben.

Manfred Kreißl

Bayern SPD

SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß: Verstoß gegen Konnexitätsprinzip

Kultusministerium trickst beim G8 die Kommunen aus!

Freistaat zahlt Zuschüsse für G8-Baumaßnahmen nach Kassenlage

Die Staatsregierung hat bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) zugesagt, anfallende Investitionskosten für notwendig werdende Baumaßnahmen vollständig zu übernehmen, soweit diese nicht durch IZBB-Mittel (Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung der Bundesregierung) abgedeckt werden. Die Investitionsmaßnahmen für das G8 fallen unter das Konnexitätsprinzip „Wer anschafft, zahlt". „Nach einem Jahr G8 zeigt sich: Der Freistaat Bayern zahlt die Zuschüsse an die Kommunen nach Kassenlage und trickst die Schulträger dabei gewaltig aus", kritisiert die Haundorfer SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß, der eine Aufstellung über die Zahlungen des Freistaats für jede einzelne Schule vorliegt.

Die Rechnung, die der Freistaat den Kommunen aufmacht, ist sehr einfach: So haben in Mittelfranken die Städte und Landkreise für 2005 ein Antragsvolumen von 60,3 Millionen Euro beantragt, um die schulischen und baulichen Vorgaben des Freistaates zur Umsetzung des G8 zu erfüllen, erläutert die SPD-Politikerin. Christa Naaß: „Davon werden schlicht und einfach nur 38,4 Millionen Euro als zuwendungsfähig nach IZBB anerkannt, und auch nur von diese Summe zahlt der Freistaat Bayern 10 Prozent – das sind für Mittelfranken 2,2 Millionen Euro an Landesmitteln für die Gymnasien. Der Bund, der Ganztagsschulen mit dem IZBB-Programm fördert, bringt dagegen 34,5 Millionen Euro für Mittelfranken auf. Das ist so nicht haltbar! Was die bayerische Staatsregierung mit der planlosen Einführung des G8 an baulichen und betriebstechnischen Konsequenzen ausgelöst hat, muss sie jetzt auch voll bezahlen, selbst dann, wenn die IZBB-Mittel nicht ausreichen. So war das versprochen", betont Christa Naaß. Die Planungen der Schulträger waren mit den staatlichen Koordinatoren für die Gymnasien abgestimmt. Nachdem klar wurde, dass das Geld nicht reicht, wurden die Ausbaumaßnahmen zusammengestrichen. Da werden Mehrzweckräume 2004 noch bewilligt, im Jahr 2005 aber nicht mehr als konnexitätsrelevant anerkannt. Da werden Mensen mit Einrichtungen bewilligt, die Zuwege zur Mensa aber nicht mehr als G8-relevant mitfinanziert."

Insbesondere kritisiert die SPD-Abgeordnete die Staatsregierung, weil diese wegen der Flut der Anträge aus den Gymnasien die Regierungen angewiesen hat, nur noch mit Pauschalen in Höhe von 2 738 Euro pro Quadratmeter zu arbeiten. Mit diesem Standard können viele Schulträger beim Umbau nicht auskommen und bleiben auf den Restkosten sitzen. Das ist ein glatter Verfassungsbruch, gibt Christa Naaß dem Bayerischen Städtetag Recht, der diese Praktiken ebenso anprangert.

Für die drei Gymnasien im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ergeben sich Kosten, auf denen die Schulträgern sitzen bleiben. Sie sind in der unten stehenden Tabelle aufgelistet.

Weil überdies der Freistaat Bayern das Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung" schamlos für die Gymnasien ausnutzt, um die notwendigen Baumaßnahmen des G8 an den Gymnasien in Mittelfranken zu realisieren, fehlen diese Mittel beim Ausbau der Ganztagsschule an Hauptschulen und Realschulen. Die Grundschulen in Bayern werden im Gegensatz zu anderen Bundesländern in das Programm gar nicht aufgenommen.

Die SPD-Parlamentarierin und die SPD-Landtagsfraktion fordern schon seit langem ein eigenes Investitionsprogramm der bayerischen Staatsregierung für die bauliche Umsetzung des G8 und den Ausbau der Ganztagsschulen in Bayern. „Es muss Schluss sein mit der Zahlentrickserei auf Kosten der Kommunen. Was man verspricht, muss man auch halten", sagt Christa Naaß.

Gymnasium	Geplante Gesamtaufwendungen	Zuwendungsfähig IZBB	Förderung IZBB	Landesmittel Bayern	Gesamtförderung	Restbeträge
Weißenburg	1.668.560	1.265.170	1.138.000	78.240	1.216.240	452.320
Gunzenhausen	1.441.000	782.326	704.000	70.400	774.400	666.600
Treuchtlingen	211.000	190.300	171.000	5.600	176.600	34.400
Gesamt	3.320.560	2.237.796	2.013.000	154.240	2.167.240	1.153.320

Europa bildet sich – Gleiche Chancen für alle!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unsere Welt verändert sich. Die Globalisierung fordert unsere Gesellschaften und das europäische Sozialmodell heraus. Die Lissabon-Strategie ist eine von vielen Maßnahmen der EU, mit deren Hilfe die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden soll. Dabei werden erstmals Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Bildungs- und Beschäftigungspolitik als gleichberechtigte, sich wechselseitig unterstützende Handlungsbereiche betrachtet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Bildung dabei als zentralen Faktor für Arbeit, Wohlstand und Fortschritt klar benannt. Wir können es uns weder in Deutschland noch in Europa leisten, Menschen dauerhaft durch Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit auszugrenzen und somit unser wertvollstes Kapital, die Menschen und ihre

Kompetenzen, brach liegen zu lassen. Wir wollen die Bildung für Europa stärken und das Budget dafür auf drei Prozent des gesamten EU-Haushalts aufstocken. Mit dem Mehrjahresprogramm Lebenslanges Lernen (LLL) 2007–2013 soll allen EU-BürgerInnen ein Bildungsangebot gemacht werden. Es umfasst die Programme COMENIUS für die Schulen, ERASMUS für die Hochschulbildung, LEONARDO für die Berufsbildung und GRUNDTVIG für die Erwachsenenbildung. Nicht erst seit den PISA-Studien wissen wir, wie wichtig für den Erfolg die allgemeine Lernkompetenz, Sprachkenntnisse und die Mobilität innerhalb Europas sind, die von diesen europäischen Programme gefördert werden.

Gleiche Chancen für alle!

Als Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion für Gleichstellung habe ich die Antidiskriminierungspolitik der EU maßgeblich mitgeprägt. Die Umsetzung in Deutschland war im Bundesrat blockiert. Deshalb wird „Das Europäische Gespräch" im Februar in Nürnberg das Thema Antidiskriminierung aufgreifen. Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Die *EuropaNews* mit aktuellen Informationen können Sie kostenlos über **www.lissy-groener.de** abonnieren.

Europa geht uns alle an!

Lissy Gröner

Ihre SPD-Abgeordnete
im Europaparlament
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei
im Europaparlament

Europabüro
Parkstr. 15, 91413 Neustadt/Aisch
Tel. 09161 1076, Fax 09161 1068

Europäisches Parlament
Rue Wiertz LEO 12G218, B-1047 Brüssel, Tel. 00322 284 54 12
email: lgroener@europarl.eu.int

Betreuungsabgeordneter Gloser jetzt im Außenamt

Liebe Freunde im Kreis Weißenburg-Gunzenhausen,

die Koalitionsvereinbarung ist mit überwältigender Mehrheit in Karlsruhe verabschiedet worden. Mir ist bewusst, dass an der einen oder anderen Stelle die Festlegungen nicht dem entsprechen, was wir vor wenigen Monaten vertreten haben. Aber eine rein sozialdemokratische Handschrift von einer CDU/CSU/SPD-geführten Regierung zu erwarten, wäre Illusion gewesen.

Ich will Koalitionsvereinbarung in ihrem Wert auch nicht schmälern. Dennoch bin ich der Auffassung, dass an der einen oder anderen Stelle nachjustiert werden muss. Dies war auch bei Koalitionsvereinbarungen früherer Jahre nicht anders.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen habe ich in der Arbeitsgruppe „Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik" mitgearbeitet. In diesen Politikfeldern ist Kontinuität angesagt.

Weitgehende Übereinstimmungen zwischen Regierung und Opposition gab es auch schon zur Zeit der rot-grünen Regierung. Unabhängig davon stehen wir natürlich beim Thema Europa vor großen Herausforderungen. Zum einen: Wie geht es weiter mit der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, insbesondere, was den Vertrag über die EU-Verfassung angeht?

Zum anderen: Wie kann die Europäische Union Impulse auslösen, damit u. a. die Arbeitslosigkeit abgebaut wird?

Über eines bin ich mir allerdings sicher: Nur mit Sonntagsreden werden wir nicht weiterkommen. Aber – so frage ich selbstkritisch – ist die SPD künftig auch willens, das Thema „Europa" breiter zu diskutieren und zu vermitteln?

Daran wird mir auch in meiner neuen Aufgabe als Staatsminister im Auswärtigen Amt sehr gelegen sein. Die neue Funktion im Auswärtigen Amt bedeutet zunächst einmal viel Arbeit und wird viel Zeit beanspruchen.

Meine erste Dienstreise nach Spanien in Begleitung der Bundeskanzlerin musste ich bereits absolvieren. Für Euch in der „Heimat" bedeuten solche Verpflichtungen: Ich werde unter Umständen weniger als bisher vor Ort in Nürnberg und in meinem Betreuungs-Wahlkreis präsent sein können. Niemand bedauert das mehr als ich, denn die Begegnung in den Ortsvereinen und Kreisverbänden war und ist mir sehr wichtig.

Diese Bodenhaftung soll auch so bleiben. Ich will mir genügend Zeit für die unmittelbare Begegnung mit den Genossinnen und Genossen und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort freischaufeln, auch wenn dies nicht immer einfach sein wird.

Der Kontakt zu mir wird weiterhin über meine MdB-Büros in Nürnberg und Berlin vermittelt. Über eventuelle Änderungen bei den Kommunikationsadressen werdet Ihr unverzüglich informiert.

Ich danke für das Verständnis und grüße Sie und Euch alle ganz herzlich!

Günter Gloser MdB

SPD-Ortsverein Pappenheim besucht Großschlächterei Wörlein in Bieswang

Am 28.Oktober 2005 besuchte eine Delegation der Pappenheimer SPD die Großschlächterei Fritz Wörlein im Ortsteil Bieswang.

Nach einer freundlichen Begrüßung durch den Firmeninhaber Fritz Wörlein mussten sich alle erst einmal in hygienische Einweg-Folienmäntel und Haarhauben hüllen.

Den eigentlichen Verarbeitungstrakt konnten wir erst nach dem Gang über die Schuhputzmaschine und einem Desinfizierungsbad für unsere Schuhsohlen betreten.

Auffällig für uns war sofort die Sauberkeit und die im gesamten Verarbeitungstrakt herrschende Ordnung. Auch die Trennung in „reinen" und „unreinen" Verarbeitungsbereich mit den dazugehörigen Desinfizierungsstationen wird in seinem Haus bereits umgesetzt, erklärte uns Herr Wörlein; die Gesetze hierfür sind noch gar nicht in Kraft getreten.

Der Firmenchef zeigte uns die einzelnen Stationen von der Tieranlieferung über die Reinigung bis zur groben Teilung in Schweine- oder Rinderhälften.

In großen Kühlräumen werden dann die Hälften bis zur Weiterverarbeitung gelagert. Dann erfolgt die Zerkleinerung in die verschiedenen Fleischteile sowie die Weiterverarbeitung zur Wurst. In großen Räucherkammern hängen dann Schinken und Bratwürste und warten auf das Ende ihres Reifungsprozesses.

In einer weiteren Kühlhalle lagern die bereits eingeschweißten Fleischteile und die verschiedenen Wurstsorten, um dann an die Filialen oder direkt an Kunden ausgeliefert zu werden.

In einer eigenen Betriebsküche wird für den hauseigenen Catering-Service gekocht und für Büffets diverse Platten angerichtet.

Die Firma Wörlein beschäftigt derzeit rund 110 Mitarbeiter in Bieswang und den zehn angeschlossenen Filialen.

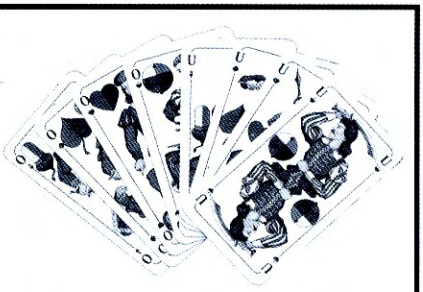
Bei einer leckeren Brotzeit, die Frau Wörlein bereits für uns angerichtet hatte, konnten wir dann die guten Produkte gleich direkt selbst probieren.

Wir möchten uns ganz herzlich noch einmal bei Familie Wörlein für die freundliche Aufnahme in Ihrem Hause bedanken und haben durch die Führung einen guten Einblick in das Schlachterhandwerk mit modernsten Maschinen erhalten.

Angeklika Starzl

„Der Rotstift", SPD-Ortsverein Pappenheim, V.i.S.d.P.: Andreas Widmann, Zimmern 63, 91788 Pappenheim

Liebe Pappenheimerinnen und Pappenheimer,
der SPD-Ortsverein und die SPD-Stadtratsfraktion Pappenheim wünschen Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2006.



Der SPD-Ortsverein Pappenheim lädt ein zu seinem traditionellen Dreikönigs-
PREISSCHAFKOPF
6.1.2006 um 13.30 Uhr
Gasthaus „Goldener Löwe"

Neues von der Regierung

Im Koalitionsvertrag sind sich CDU/CSU und SPD einig, das Gesundheitssystem dauerhaft auf eine gerechte, bezahlbare Basis zu stellen. Über den Weg dahin besteht zwar noch keine Einigung, aber in einem geplanten Sparpaket sollen unter anderem 2 Milliarden Euro dadurch zusammenkommen, dass den Arzneimittelherstelllern Preisabschläge abgehandelt werden. Bis zum Sommer 2006 soll ein Gesetz für „die nachhaltige und gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung" vorliegen. Die private Pflegeversicherung soll mit einem Finanzausgleich zur Finanzierung der gesetzlichen herangezogen werden. Die Parteien begründen das damit, dass die Leistungen beider Versicherungen gleich seien, die Risikostrukturen aber unterschiedlich – die private Versicherung hat relativ weniger Pflegefälle. Der Betreuungsbedarf Demenzkranker soll stärker berücksichtigt werden; ausgeweitet wird die Möglichkeit des Familienurlaubs, wenn Angehörige zu Hause pflegen – insgesamt soll die ambulante Pflege gestärkt werden.